

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 9

Artikel: Preise und Löhne
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333847>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

19. JAHRGANG — MAI 1940 — HEFT 9

Preise und Löhne

Von Dr. Max Weber.

Der Kriegsausbruch hat die Depression, die auf den meisten internationalen Warenmärkten seit einem Jahrzehnt mit Ausnahme des Jahres 1937 fast ununterbrochen angedauert hatte, jäh beendigt und eine Aufwärtsbewegung der Preise eingeleitet, die allerdings leider nicht einen allgemeinen Konjunkturaufschwung als Ursache hat, sondern den durch den Krieg erzeugten abnormalen Warenhunger. Die gegenwärtige Preissteigerung hat internationalen Charakter, wenn auch das Ausmaß in den einzelnen Ländern verschieden ist. Die Ursachen der verschiedenen Preisentwicklung liegen hauptsächlich im Umfange der Selbstversorgung, in der mehr oder weniger großen Störung der Zufuhr und teilweise auch in der verschiedenen Preispolitik. Je größer die Abhängigkeit vom Weltmarkt ist, je stärker der Import den Gefahren des See- und Luftkrieges ausgesetzt ist, desto größer ist natürlich die Preissteigerung. Unter den erwähnten Faktoren haben namentlich Holland, Belgien, die nordischen Staaten und von den kriegsführenden Staaten besonders England zu leiden. Sie weisen daher eine verhältnismäßig starke Teuerung auf.

Die Erhöhung der Großhandelspreise

Erfahrungsgemäß reagieren die Preise im Großhandel immer rascher und stärker auf Preisschwankungen, als die Detailverkaufspreise. Auch jetzt hat die Verteuerung im Großhandel schon ein sehr beträchtliches Ausmaß angenommen. Der amtliche schweizerische Index der Großhandelspreise weist seit August folgende Veränderungen auf:

Großhandelsindex			
	Juni 1914 = 100	August 1939 = 100	
1939 August	107,4	100	
Oktober	120,1	111,9	
Dezember	125,1	116,5	
1940 Februar	129,7	120,8	
März	132,1	123,1	

In den ersten sieben Kriegsmonaten sind die Großhandelspreise um 23 Prozent gestiegen. Diese Verteuerung ist rascher vor sich gegangen

und hat auch schon ein größeres Ausmaß erreicht als 1936/37 nach der Abwertung des Schweizerfrankens. Am stärksten gestiegen sind die Preise für Roh- und Hilfsstoffe, nämlich um 38 Prozent. Der Index der Futter- und Düngemittelpreise hob sich bisher um 20 Prozent, während die Nahrungsmittel im Großhandel um 15 Prozent gestiegen sind. Für einzelne Gruppen ist die Verteuerung noch beträchtlich höher. Sie kommt zum Beispiel bei Metall- und Textilrohstoffen schon nahe an 50 Prozent heran, für einzelne Waren ist sie weit höher.

Das langsamere Steigen der Nahrungsmittelpreise röhrt daher, daß hier die Inlandproduktion eine wesentlich größere Rolle spielt, als bei den Roh- und Hilfsstoffen, die zur Hauptsache importiert werden müssen. Die Großhandelspreise der aus dem Ausland bezogenen Waren standen im Februar im Durchschnitt schon um 36 Prozent höher als bei Kriegsausbruch, während die Preiserhöhung auf den im Inland erzeugten Waren 11 Prozent betrug.

Die Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung

Im Detailhandel hat sich die Preissteigerung in wesentlich abgeschwächter Form ausgewirkt, da bei den meisten Produkten, auch den aus dem Ausland bezogenen, noch eine inländische Verarbeitung hinzukommt, die bisher nicht oder nur unwesentlich teurer geworden ist, und da ein Teil des Verbrauchs vorläufig von der Hause ganz unbehelligt bleibt (Mietpreise).

Der amtliche Index der Kosten der Lebenshaltung verzeichnet folgende Veränderungen (Juni 1914 = 100) :

		Nahrungs- mittel	Brenn- stoffe	Be- kleidung	Miete	Gesamt- index
1936	August	120,2	111,3	111,1	176,8	130,2
1939	Januar	129,4	115,9	121,0	174,0	136,6
	August	131,2	114,6	120,0	173,5	137,2
	September	132,8	114,9	120,0	173,5	138,2
	Oktober	136,0	115,5	122,9	173,5	140,5
	November	137,9	117,1	122,9	173,5	141,7
	Dezember	138,9	118,3	122,9	173,5	142,0
1940	Januar	139,3	119,9	133,4	173,5	144,2
	Februar	139,5	122,6	133,4	173,5	144,6
	März	139,6	124,9	133,4	173,5	144,8

Die prozentuale Veränderung betrug:

	Nahrungs- mittel	Brenn- stoffe	Be- kleidung	Miete	Gesamt- index
Aug. 39/März 40	+ 6,4 %	+ 9,0 %	+ 11,7 %	—	+ 5,5 %
Aug. 36/März 40	+ 16,1 %	+ 12,2 %	+ 20,0 %	- 1,8 %	+ 11,2 %

Seit Beginn des Krieges ist der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten um 5½ Prozent gestiegen. Vergleicht man jedoch mit August 1936, dem Zeitpunkt unmittelbar vor der Abwertung des Schweizer-

frankens, so beträgt die Teuerung 11,2 Prozent. Über dem Durchschnitt stehen die Preiserhöhungen für Bekleidung und Nahrungsmittel, währenddem der Brennstoffindex infolge der unveränderten Preise für Gas und Elektrizität weniger gestiegen ist und die Mietpreise unverändert (gegenüber 1936 sogar etwas gesunken) sind.

In diesen Zahlen sind freilich die Aufschläge auf Milch und Brot, die im April eingetreten sind, noch nicht berücksichtigt, ebensowenig die im April neu festgestellten Bekleidungspreise. Der Index steht somit Ende April schon erheblich höher.

Stimmt der Index?

Ich weiß wohl, daß der vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit berechnete Index der Lebenshaltungskosten häufig angezweifelt wird. Es ist auch begreiflich, daß die Hausfrauen und die Familienväter vor allem die um 10 bis 20 oder gar noch mehr Prozent gestiegenen Preise der Nahrungsmittel, Schuhe, Stoffe usw. sehen und weniger an jene Waren denken, deren Preis noch unverändert ist.

Bekanntlich beruht der Index auf einer Verständigung über einen durchschnittlichen Haushaltungsverbrauch, dessen preisliche Veränderung alle Monate festgestellt wird. Die Einwände gegen den Index gehen vor allem dahin, daß er nicht alle Ausgaben erfaßt, und daß er auf einem Verbrauch beruht, der mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr übereinstimmt.

Richtig ist, daß der Index nur etwa 70 Prozent des Gesamtverbrauchs einer Haushaltung in seiner Preisveränderung verfolgt. Doch auch wenn die schwieriger zu ermittelnden Ausgaben für Verkehr, Steuern, Vergnügen, Obst usw. einbezogen würden, ergäbe sich keine große Verschiebung, da auch unter diesen Ausgaben ein Teil verteuert wurde und ein Teil unverändert blieb. Die Strukturveränderungen im Verbrauch sind erfaßt worden durch eine 1936/37 durchgeföhrte Erhebung mit Hilfe von Haushaltungsrechnungen. Kontrollberechnungen haben ergeben, daß bei Berücksichtigung des neu festgestellten Verbrauchs der Gesamtindex nur um einige wenige Punkte vom jetzigen Stand abweichen würde. Man hat daher vorläufig darauf verzichtet, eine neue Berechnung vorzunehmen.

Schließlich kann noch der Einwand erhoben werden, daß der vom Index angenommene Durchschnittsverbrauch eben ein Durchschnitt ist, der für die meisten Familien nicht genau stimmt. Das läßt sich aber nicht vermeiden. Es kann lediglich hervorgehoben werden, daß zum Beispiel Familien mit relativ geringen Mietausgaben heute von der Teuerung stärker betroffen werden, als der Index angibt, da der Index die Mietausgaben stark berücksichtigt (mit 28 Prozent des im Index berücksichtigten Verbrauchs im Jahre 1937) und da gerade die Mietpreise bisher unverändert blieben.

Die Ursachen der Teuerung

Die eingetretenen Preissteigerungen sind in erster Linie auf die *Störung der Warenversorgung vom Ausland* her zurückzuführen. Durch

den Seekrieg sind die Ausgaben für die Seefrachten ungefähr auf das Doppelte, ja teilweise auf das Dreifache und Vierfache gestiegen. Auch die enorm erhöhten Versicherungsprämien für das Kriegsrisiko zur See verursachen einen bedeutenden Preisaufschlag. Außerdem sind die Preise auf den Weltmärkten zum Teil beträchtlich gestiegen; immerhin hat diese Preiserhöhung auf den überseeischen Märkten bisher kein außerordentliches Ausmaß angenommen, da zum Teil noch große Lager vorhanden sind und die Produktionskapazität bei den meisten Produkten noch nicht voll ausgenutzt wird.

Ein zweiter Faktor der Verteuerung ist die *Preiserhöhung im Inland*. Daß höhere Preise bewilligt werden müssen, wenn die Produktionskosten infolge verteufter Rohstoffe gestiegen sind, liegt auf der Hand. Die eidgenössische Preiskontrolle hat jedoch auch Preiserhöhungen bewilligt, die darüber hinausgehen. Sie hat namentlich dem Handel Aufschläge zugestanden, die ihm ermöglichen, die zu Vorkriegspreisen angelegten Lager wesentlich teurer zu verkaufen. Die Handelskreise halten das für gerechtfertigt unter Hinweis auf den nach dem Kriege zu erwartenden Preisfall.* Ich halte diese Praxis für unrichtig, denn sobald die Preiskontrolle einen Aufschlag bewilligt, der nicht nur den erhöhten Gestehungskosten entspricht, so wird der Grundsatz durchbrochen, daß keine ungerechtfertigten Gewinne entstehen sollen. Das führt dann dazu, daß jede Erwerbsgruppe versucht, sich eine möglichst große Verdienstspanne zu verschaffen. Die Praxis der Preiskontrolle ist leider heute viel larger als vor drei Jahren nach der Abwertung, während es umgekehrt hätte sein sollen. Damals war eine gewisse Erholung der Preise im Interesse der Wirtschaft notwendig. Heute angesichts der Warenknappheit der Kriegszeit ist eine straffere Kontrolle gerechtfertigt, wenn ein Hineingleiten in die Inflation vermieden werden soll.

Eine dritte Ursache der Preissteigerung ist bisher noch nicht sichtbar in Erscheinung getreten; sie droht aber in Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen: *die Störung des Marktes von der Geldseite her*. Bekanntlich bildet sich der Preis nach Angebot und Nachfrage. Wird die Nachfrage durch Vermehrung der Kaufkraft erhöht ohne Vermehrung des Warenangebots, so tritt eine allgemeine Preiserhöhung ein. Diese Gefahr entsteht, wenn der Staat seine Ausgaben für die Armee nicht durch Steuern oder Anleihen von der sonst für den Konsum verwendeten Kaufkraft abschöpft, sondern hierfür einfach vermehrte Geldbeträge in Umlauf bringt. Das könnte nur verhindert werden durch eine rasch einsetzende und scharf zugreifende Steuerpolitik. Andernfalls könnte die Preissteigerung im Laufe des Krieges ein wesentlich rascheres Tempo einschlagen, als das bisher der Fall war.

Die Löhne

Wenn wir die Auswirkungen der Teuerung auf die Lohneinkommen betrachten wollen, so müssen wir berücksichtigen, daß diese sehr ver-

* Siehe den Artikel von H. Rudin: «Preisbildungsfragen im Detailhandel» in der «Roten Revue» vom Februar.

schieden ist, nicht nur nach der Höhe des Lohnes, sondern insbesondere auch je nach der Entwicklung, die die Löhne in den letzten Jahren erfahren haben. Eine Verteuerung der Lebenshaltung macht sich ja nicht erst seit Kriegsausbruch bemerkbar, sondern seit 1936 hat sich das schweizerische Preisniveau erhöht. Nur ein Teil der Lohnbezüger hat jedoch seither eine Lohnanpassung erhalten.

Über das Ausmaß der Lohnveränderungen sind wir leider nicht genau orientiert. Es bestehen zwei allgemeine amtliche Lohnstatistiken, die aber beide nicht absolut zuverlässig sind. Die eine Statistik verfolgt die Löhne verunfallter Arbeiter auf Grund der Angaben der Suva. Danach betrugen die Stundenverdienste in Franken:

	1936	1938	Erhöhung in Prozent
Werkführer, Meister, Vorarbeiter	1.52	1.59	4,6
Gelernte und angelernte Arbeiter	1.33	1.37	3,0
Ungelernte Arbeiter	1.03	1.06	2,9
Frauen, 18 Jahre und älter	0.69	0.72	4,3

Während der Krise waren die Löhne im Sinken begriffen, und 1936 erreichten sie im allgemeinen den tiefsten Stand. Seither ist nach vorstehenden Angaben eine Erhöhung um etwa 3 bis 4 Prozent eingetreten. (Für 1939 liegen noch keine Angaben vor.) Die Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung, die nach der Abwertung etwa 5 Prozent betrug, ist dadurch nicht ausgeglichen worden. Das röhrt vor allem daher, daß große Kategorien von Arbeitnehmern seit Jahren überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten haben, obwohl sie im Laufe der Krise in den meisten Fällen einen Lohnabbau über sich ergehen lassen mußten.

Über den Umfang der Lohnveränderungen orientiert eine zweite Statistik des Biga, die sich nur über einen Teil der Industriearbeiterschaft erstreckt, aber dafür den Vorteil hat, daß sie vierteljährlich erscheint und einen raschen Überblick über die Tendenz der Lohnentwicklung ermöglicht. Nach diesen Angaben betrugen die Lohnerhöhungen der letzten drei Jahre:

	Zahl der betroffenen Arbeiter in Prozent	Lohnerhöhung im Durchschnitt	
		der betroffenen Arbeiter	aller Arbeiter
		in Prozent	in Prozent
1937	32,3	6,2	2,0
1938	4,1	5,7	0,3
1939	6,0	6,5	0,44

Durch die erste Lohnerhöhungswelle nach der Abwertung, die sich 1937 mit der Besserung der Wirtschaftslage durchsetzte, kam erst etwa ein Drittel der Arbeiterschaft in den Genuss von höheren Löhnen, und 1938/39 gerieten die Lohnbewegungen wieder ins Stocken. Erst im letzten Quartal 1939 haben sie wieder ein etwas größeres Ausmaß angenommen. Immerhin wurden nach dieser Statistik in den Jahren 1937 bis 1939 nur für 42 Prozent der Industriearbeiter die Löhne erhöht.

Wenn auch diese Arbeiter mit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 6 Prozent einen Ausgleich der Teuerung erhielten, so war das doch für die gesamte Arbeiterschaft nicht der Fall, denn im Gesamtdurchschnitt belaufen sich diese Lohnerhöhungen nur auf knapp 3 Prozent; das entspricht ungefähr dem, was auch die andere Lohnstatistik, die sich auf die Verdienste der verunfallten Arbeiter stützt, ermittelt. Wenn die Zahlen der zweiten Statistik eher etwas niedriger sind, so mag das daher rühren, daß die Angaben der Betriebe über gewährte Lohnerhöhungen nicht ganz vollständig sind, und daß die Lohneinkommen nicht nur durch Erhöhung der Lohnansätze, sondern auch durch Überzeitarbeit oder höhere Leistung bei Akkordarbeit verbessert werden können.

Die Lohnanpassung ist gerechtfertigt

Wenn schon die leichte Verteuerung der Lebenshaltung der letzten Jahre nur einen ungenügenden Ausgleich auf der Lohnseite gefunden hat, so ist es erst recht gerechtfertigt, die jetzige Kriegsteuerung bei der Festsetzung der Löhne zu berücksichtigen. Der Haupteinwand, der dagegen vorgebracht wird, geht dahin, daß durch eine Erhöhung der Löhne die Preissteigerung noch verschärft werde. Das soll nicht bestritten werden, wenn es auch falsch wäre, zu glauben, daß die Preissteigerung infolge der Lohnerhöhung ein gleich großes Ausmaß annehmen würde. Der Lohn ist *ein* Faktor der Produktionskosten. Die übrigen Faktoren sind größtenteils schon gestiegen, zum Teil werden sie noch steigen. Daran wird nichts geändert, wenn die Löhne unverändert bleiben. Je nach dem Anteil der Lohnkosten an den gesamten Produktionskosten ist nur eine 20- bis 50prozentige Überwälzung der Lohnerhöhung auf die Preise gerechtfertigt.

Der Einwand, daß die Erhöhung der Löhne «Inflation» bedeute, während die Preiserhöhung als Folge des Krieges nicht verhindert werden könne, ist ganz abwegig. Wenn infolge falscher Geld- und Finanzpolitik Inflation eintritt, so steigen die Preise, unabhängig davon, ob die Löhne nachkommen oder nicht. Ohne Lohnerhöhungen würden einfach die Preisbezüger auf Kosten der Lohnerwerbenden Inflationsgewinne machen.

Eine Anpassung der Lohneinkommen an die gestiegenen Preise ist auch deshalb gerechtfertigt, weil allen andern Gruppen der Erwerbstätigen, dem Handel, der Industrie, der Landwirtschaft und insbesondere auch dem Kapital gestattet wurde, ihre Einkommen an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Bei einzelnen Kategorien ist diese Anpassung sogar außerordentlich weit gegangen. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die eingetretene Steigerung des Zinsfußes eine Erhöhung des Kapitaleinkommens um ungefähr 25 Prozent zur Folge hat, und daß diese Bewegung noch lange nicht zu Ende ist.

Würde kein Lohnausgleich bewilligt, so würde das heißen, daß die Lasten der Kriegszeit einseitig auf die Lohnempfänger abgewälzt würden, und zwar auf die ungerechteste Art. Die Kosten der Landesverteidigung müssen durch die *Steuerpolitik* verteilt werden. Das ist

der einzige Weg, um eine Abstufung nach der Leistungsfähigkeit zu ermöglichen.

Der Spruch, es müßten alle Opfer bringen während des Krieges, kann auch nicht verfangen. Die Arbeiterschaft hat sicher schon bisher die größten Opfer übernehmen müssen. Sie stellt einen großen Teil der Mobilisierten. Sie hat das zweiprozentige Lohnopfer zugunsten der Wehrmänner auf sich genommen. Die Umsatzsteuer und die Wehrsteuer vom Einkommen mit dem herabgesetzten steuerfreien Minimum, die nun vom Bundesrat mit Hilfe der Vollmachten beschlossen wurden, bringen ihr weitere Lasten. Es wäre daher die größte Ungerechtigkeit, wenn man den Lohnarbeitenden auch noch zumuten wollte, sie müßten die Teuerung auf sich nehmen.

Während des letzten Krieges 1914 bis 1918 wurde die Preissteigerung, die über 100 Prozent hinausging, erst mit großer Verspätung durch Lohnerhöhungen ausgeglichen. Infolgedessen war der Reallohn im Jahre 1918 durchschnittlich um 23 Prozent geringer als 1914. Eine solche Entwicklung darf nicht wieder eintreten. Sie würde schwere schädliche Umwälzungen in unserer Wirtschaft zur Folge haben und auch zu gefährlichen sozialen Spannungen führen. Eine rechtzeitige und genügende Anpassung der Löhne an die gestiegenen Preise ist somit ein Gebot der Gerechtigkeit und muß im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung unseres Staates von allen Volkskreisen gewünscht werden.

Die schweizerische Volksschule im Lichte der Zahlen

Von J. Briner

Es gibt zwar keine schweizerische Volksschule, sondern 22 verschiedene Volksschulwesen, die in ihrem Aufbau große Unterschiede aufweisen, weil die Lehrmittel und die Lehrerausbildung in jedem Kanton wieder anders gestaltet sind. Das ist durch den Föderalismus in der Schweiz bedingt; die Kantone sind, namentlich auf dem Gebiete der Volksschule, sehr empfindlich, wenn der Bund sich hier einmischen muß. Den Kantonen werden zur Unterstützung in der Erfüllung der ihnen auf dem Gebiete des Primarunterrichtes obliegenden Pflichten Bundesbeiträge geleistet (Artikel 27 bis Bundesverfassung). Dafür verlangte der Bund aber von den Kantonen die Einhaltung einiger Richtlinien, die im Artikel 27 der Bundesverfassung enthalten sind: «Die Kantone sorgen für genügenden Primarunterricht, welcher ausschließlich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich. Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können. Gegen Kantone, welche diesen Verpflichtungen nicht nachkommen, wird der Bund die nötigen Verfügungen treffen.» Wer den oft engen Geist des Föderalismus im